

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Den Herausforderungen des Arbeitsmarktes entgegentreten

Der Landtag wolle beschließen:

Der deutsche Arbeitsmarkt befindet sich seit dem Jahr 2025 erneut in einer angespannten Lage. Erstmals seit über zehn Jahren hat die Zahl der Arbeitslosen wieder die Marke von drei Millionen überschritten. Diese Entwicklung setzt sich auch zu Beginn des Jahres 2026 fort. Die bundesweite Arbeitslosenquote liegt aktuell bei 6,6 Prozent. Neben konjunkturellen Einflüssen sind hierfür insbesondere strukturelle Ursachen, geopolitische Unsicherheiten, steigende Energiekosten sowie eine zunehmende Zurückhaltung bei Investitionen verantwortlich.

Das Saarland ist von dieser Entwicklung in besonderer Weise betroffen. Aufgrund seiner stark industriegeprägten Wirtschaftsstruktur wirken sich konjunkturelle Abschwünge hier überdurchschnittlich stark aus. Im Januar 2026 lag die Arbeitslosenquote im Saarland bei 7,5 Prozent und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Diese Zahl verdeutlicht die besonderen Herausforderungen des saarländischen Arbeitsmarktes und macht den dringenden Handlungsbedarf deutlich.

Im Landtagswahlkampf 2022 hatte die damalige Arbeits- und Wirtschaftsministerin Rehlinger das Ziel von 400.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im Saarland formuliert. Dieses Ziel verfehlt die von ihr geführte SPD-Alleinregierung bislang deutlich. Aktuell liegt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei rund 386.000. Die Entwicklung der Beschäftigung ist im Saarland seit Jahren schwächer als im Bundesdurchschnitt. Bis etwa 2012 hat sich das Land noch annähernd im Gleichschritt mit dem Bund entwickelt. Seit 2013 öffnet sich die Schere deutlich: Während die Beschäftigung bundesweit ansteigt, verliert das Saarland zunehmend den Anschluss. Spätestens seit 2018/19 ist im Saarland praktisch kein Beschäftigungswachstum

mehr erkennbar, in den letzten Jahren zeigt sich sogar ein schleichender Rückgang, während der Bundesdurchschnitt weiter wächst. Im Jahr 2024 bildete das Saarland bei der Beschäftigungsentwicklung sogar das Schlusslicht unter allen Bundesländern.

Besonders gravierend ist der Arbeitsplatzabbau im Verarbeitenden Gewerbe. Industriearbeitsplätze sind für das Saarland von zentraler Bedeutung, da sie überdurchschnittlich zur Wertschöpfung beitragen, gut entlohnt sind und zahlreiche Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Bereichen sichern. Der fortschreitende Verlust industrieller Arbeitsplätze gefährdet daher nicht nur einzelne Unternehmen, sondern die wirtschaftliche Substanz des Landes insgesamt.

Demgegenüber ist ein Beschäftigungszuwachs nahezu ausschließlich im Bereich der Öffentlichen Verwaltung festzustellen. Während der fast vierjährigen Regierungszeit der SPD-Alleinregierung ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Saarland um rund zehn Prozent gestiegen. Dieser Stellenaufwuchs geht jedoch nicht mit einer erkennbaren Verbesserung staatlicher Leistungen einher. In zentralen Bereichen wie Polizei, Finanzverwaltung und Justiz bestehen weiterhin erhebliche Belastungen. Die Dauer von Gerichtsverfahren nimmt zu, ebenso verlängern sich die Bearbeitungszeiten von Steuerbescheiden und Verwaltungsverfahren. Dies führt nicht nur zu Frustration bei Bürgern und Unternehmen, sondern schwächt auch die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes. Vor diesem Hintergrund muss kritisch hinterfragt werden, welche Effekte der Personalaufbau tatsächlich erzielt und ob die eingesetzten Mittel effizient verwendet werden.

Parallel zur negativen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die wirtschaftliche Gesamtlage im Saarland. Im Jahr 2024 ist das Bruttoinlandsprodukt real um 1,9 Prozent gesunken. Damit verzeichnete das Saarland den stärksten Rückgang aller Bundesländer. Diese Entwicklung ist ein deutliches Warnsignal und Ausdruck struktureller Schwächen. Auch bei der Standortattraktivität schneidet das Saarland schlecht ab. In einem aktuellen Vergleich der Flächenländer liegt es lediglich auf Platz 12 von 13.

Zu den wesentlichen Standortnachteilen zählen die im Bundesvergleich sehr hohen Steuerbelastungen. Nach Nordrhein-Westfalen weist das Saarland die höchsten Gewerbe-, Grund- und Grunderwerbsteuern auf. Diese Belastungen sind angesichts der finanziell sehr angespannten Lage der saarländischen Kommunen in ihrer Genese zwar nachvollziehbar, aber sie schrecken zunehmend Investitionen ab, erschweren Unternehmensansiedlungen und belasten insbesondere kleine und mittelständische Betriebe. Hinzu kommen Defizite in der sozialen Infrastruktur. Die Betreuungsquoten für Kinder liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, was insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert und die Erwerbstätigkeit von Eltern – vor allem von Frauen – hemmt.

Gleichzeitig steht das Saarland vor einem ausgeprägten Fachkräftemangel. Dieses gleichzeitige Auftreten von steigender Arbeitslosigkeit und fehlenden Fachkräften offenbart ein tiefgreifendes strukturelles Problem. Der Fachkräftemangel ist längst zu einem zentralen Wachstumshemmnis für die saarländische Wirtschaft geworden. Fast jedes vierte Unternehmen rechnet damit, seinen zukünftigen Bedarf an Facharbeitern und qualifizierten Angestellten nicht mehr decken zu können. Besonders betroffen sind technische Berufe, das Handwerk sowie das produzierende Gewerbe.

Zudem gelingt es bislang nicht ausreichend, vorhandene Arbeitskräftepotenziale zu mobilisieren. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen liegt unter ihren Möglichkeiten, insbesondere aufgrund unzureichender Betreuungsangebote. Auch ältere Beschäftigte könnten stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden. Gleiches gilt für Menschen mit Migrationshintergrund sowie für Langzeitarbeitslose, deren Integration in den regulären Arbeitsmarkt häufig an fehlender Qualifizierung, mangelnder Betreuung oder unzureichender Vermittlung scheitert. Gleichzeitig stellen wir fest, dass das Niveau zur Erreichung eines Schulabschlusses immer weiter abgesenkt wird und Abschlüsse an Aussagekraft verlieren.

Besonders besorgniserregend ist die weiterhin hohe Schulabbrecherquote im Saarland. Im Schuljahr 2023/2024 verließ rund jeder zehnte Schüler die Schule ohne Hauptschulabschluss. Diese jungen Menschen haben deutlich schlechtere Chancen auf Ausbildung und Beschäftigung und sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit bedroht. Ungenutzte Potenziale junger Menschen stellen nicht nur ein individuelles, sondern auch ein gesamtgesellschaftliches Problem dar. Es braucht daher frühzeitige, verbindliche und passgenaue Unterstützungsangebote, um Bildungsabbrüche zu vermeiden und Übergänge von der Schule in Ausbildung und Beruf zu sichern. Ein positives Beispiel hierfür ist die Initiative „Null-Prozent Jugendarbeitslosigkeit“ des Landkreises St. Wendel. Durch eine enge Zusammenarbeit von Schulen, Jobcenter, Jugendhilfe und Agentur für Arbeit wird sichergestellt, dass kein junger Mensch länger als vier Wochen ohne Perspektive bleibt. Der Landkreis weist seit Jahren eine der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeitsquoten bundesweit auf. Dieses erfolgreiche Modell zeigt, dass kommunale Netzwerke und konsequente Begleitung wirksam sind und landesweit Anwendung finden sollten.

Auch der Ausbildungsmarkt steht unter Druck. In den Jahren 2022/2023 gab es im Saarland noch über 7.000 Ausbildungsplätze. Diese Zahl sank im Ausbildungsjahr 2023/2024 binnen eines Jahres um rund ein Sechstel auf knapp über 6.000. Im Ausbildungsjahr 2024/2025 lag die Zahl der Berufsausbildungsstellen bereits unter 6.000. Gleichzeitig bleibt ein erheblicher Teil der Ausbildungsplätze unbesetzt, während junge Menschen keinen Ausbildungsplatz finden. Ausbildung ist der zentrale Schlüssel für Fachkräftesicherung, soziale Teilhabe und wirtschaftliche Stabilität. Ausbildungsbetriebe benötigen daher gezielte Unterstützung, Planungssicherheit und Wertschätzung, um weiterhin Ausbildungsplätze anbieten zu können. Darüber hinaus ist das Saarland auf

qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Eine gezielte und koordinierte Strategie zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte ist unverzichtbar. Derzeit verhindern lange, bürokratische und intransparente Anerkennungsverfahren häufig eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt. Dies führt zu Frustration bei den Fachkräften und zu erheblichen Problemen für Unternehmen, die dringend auf diese Arbeitskräfte angewiesen sind.

Gleichzeitig ist die Integration bereits im Saarland lebender Ausländer in den Arbeitsmarkt unzureichend. Mehr als jeder dritte Arbeitslose im Saarland besitzt keine deutsche Staatsangehörigkeit. Arbeit ist der wichtigste Schlüssel zur Integration. Daher sind gezielte Sprachförderung, arbeitsmarktnahe Qualifizierungsangebote und niedrigschwellige Einstiegsmodelle notwendig, um die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und langfristige Perspektiven zu schaffen.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf:

- das Modell „Null-Prozent Jugendarbeitslosigkeit“ des Landkreises St. Wendel für das gesamte Saarland auszurollen, um die Übergänge von Schule, Ausbildung und Beruf zu verbessern.
- eine Evaluierung des Landesprogrammes „Arbeit für das Saarland – ASaar“ hinsichtlich der Wirksamkeit der Fördermaßnahme und einer entsprechenden Neuausrichtung nach Integrations- und Leistungsorientierung.
- das vorhandene Arbeitskräftepotenzial auszuschöpfen, insbesondere Frauen in den Arbeitsmarkt besser zu integrieren, um auch Altersarmut vorzubeugen und dazu wirksame Maßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg zu ergreifen, insbesondere durch einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsstrukturen in Kitas und Schulen, sowie auf Bundesebene eine Flexibilisierung der Arbeitszeit zu unterstützen.
- eine Prioritätensetzung in der Bildungspolitik, um die Aussagekraft von Abschlüssen zu sichern und die Quote der Schulabbrecher spürbar zu reduzieren und junge Menschen – insbesondere auch solchen ohne Schulabschluss oder Ausbildungsplatz – eine klare Perspektive zu bieten,
- den Meisterbonus („Aufstiegsbonus“) schrittweise zu erhöhen und perspektivisch die Meisterausbildung im Saarland kostenfrei zu ermöglichen.
- durch gezielte Sprachförderung und arbeitsmarktnahe Integrationsangebote die Beschäftigungsfähigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig zu verbessern.

- sich für eine Beschleunigung der Anerkennungs- und Genehmigungsverfahren für internationale Fachkräfte einzusetzen, die im Koalitionsvertrag angekündigte „Work-and-Stay-Agentur“ zur Trennung der Arbeits- von der Asymigration zu unterstützen sowie die Einrichtung einer Außenstelle der Zentralen Ausländerbehörde in Saarbrücken zu beschleunigen.
- die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Saarland, insbesondere bei Gewerbe-, Grund- und Grunderwerbsteuern, perspektivisch zu verbessern, um Investitionen, Unternehmensansiedlungen und Beschäftigung zu fördern.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.